

April 2019

Peinliche Absage nach demokratiefeindlicher Ausgrenzung: Peter Feldmann als Oberbürgermeister Frankfurts untragbar



Podiumsdiskussion zur Europawahl 2019 Europa hat die Wahl

Dienstag, 14. Mai, 2019, 17:00 Uhr – Eintritt frei – Einlass ab 16:30 Uhr
Römerhalle, Rathaus Römer, 60311 Frankfurt am Main

Es diskutieren Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien
CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, DIE LINKE und FDP

Moderation: Oberbürgermeister Peter Feldmann

Veranstalter: Referat für Internationale Angelegenheiten

STADT FRANKFURT AM MAIN



Oberbürgermeister Peter Feldmann kann's nicht lassen. Zu groß für ihn ist immer wieder die Versuchung, sein Amt für eigene parteipolitische Ziele zu einer rechtswidrigen und demokratiefeindlichen Aktion zu missbrauchen. So hatte die Stadt Frankfurt unter der Federführung Feldmanns zuletzt für den 14. Mai zu einer Podiumsdiskussion anlässlich der EU-Wahl eingeladen. Die wollte er dann auch selbst moderieren. Als Gäste geladen waren Kandidaten der CDU, SPD, Grüne, FDP und LINKE – jedoch kein Repräsentant der AfD. Wohlgermerkt, die AfD ist im EU-Parlament, im Bundestag, dem Hessischen Landtag und der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vertreten. Zudem hat die AfD in allen Parlamenten ein besseres Wahlergebnis als die FDP eingefahren. Mit dieser Aktion verstieß der Frankfurter Oberbürgermeister zum wiederholten Mal gegen das Neutralitätsgebot. Bereits vor zwei Jahren war er vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in einem Rechtsstreit gegen die AfD gescheitert.

Das höchste hessische Verwaltungsgericht hatte Feldmann attestiert, gegen das grundgesetzlich verankerte Neutralitätsgebot verstoßen zu haben:

„Damit hat der Oberbürgermeister die geistig-diskursive Auseinandersetzung mit der AfD verlassen und sich darauf beschränkt, gegen diese Stimmung zu machen und sie so in der Meinung der Öffentlichkeit herabzusetzen.“

Mit einem anwaltlichem Schreiben hatte der Landesverband Hessen der AfD am Montag, 7. Mai, Feldmann aufgefordert, die Veranstaltung rechtskonform durchzuführen – also mit Beteiligung eines Kandidaten der AfD oder diese abzusagen. Denn diese Einladung Feldmanns stellt einen klaren Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Gleichbehandlungsgebot und gegen die Bestimmungen des Parteiengesetzes dar.

Der Oberbürgermeister entschied sich für die peinlichere Variante: die Absage. Das kam für den AfD-Fraktionsvorsitzenden im Römer und Mitglied des Landesvorstandes der AfD Hessen, Rainer Rahn, nicht überraschend: „Der Oberbürgermeister hat nicht das Format, einen AfD-Vertreter einzuladen. Angesichts des Zustandes seiner eigenen Partei ist das auch verständlich. Er kann eigentlich kaum daran interessiert sein, dass in einer Podiumsdiskussion Vertreter seiner und der anderen eingeladenen Parteien auf einen Vertreter der AfD treffen und für den Wähler die Unterschiede der AfD zu den anderen Parteien deutlich wird“.

Der Oberbürgermeister schrecke davor zurück, den Wählern die Gelegenheit zu bieten, sich umfassend und objektiv über die zur Wahl stehenden Parteien und Kandidaten zur informieren. „Damit wird deutlich, der Oberbürgermeister scheut die offene Diskussion und sachliche Auseinandersetzung unter demokratischen Parteien, die die Grundlage jeder Demokratie bildet. Offensichtlich sieht sich Feldmann nicht in der Lage, eine Podiumsdiskussion zu moderieren, bei dem ein AfD-Kandidat vom Format eines Erich Heidkamp auftritt. Dabei droht er – wie viele seiner Parteigenossen – seit Jahren an, die AfD ‚stellen‘ zu wollen. Hier hätte er einmal die Gelegenheit gehabt, einen Vertreter der AfD zu ‚stellen‘. Er hat diese Gelegenheit nicht genutzt. Im Gegenteil: er hat feige die Veranstaltung abgesagt, wohl wissend, dass er neben Erich Heidkamp eine eher jämmerliche Figur abgegeben hätte. Er hat mit dieser Absage der Veranstaltung seine wahre Gesinnung offenbart. Feldmann ist nicht würdig, Oberbürgermeister einer Stadt zu sein, die mit der Paulskirche als Wiege der deutschen Demokratie gilt. Feldmann ist als Oberbürgermeister dieser Stadt untragbar geworden“, stellt Rahn fest.

Frankfurt feiert sich als Klimahauptstadt – und stellt dann energiefressende Kunstwerke aus

Einem unbefangenen Besucher des zuletzt im Museum für Moderne Kunst (MMK – Zollamt) ausgestellten Werkes der Künstlerin Bunny Rogers mag sich die Frage aufgedrängt haben: was haben sich die Verantwortlichen der Stadt Frankfurt - nach eigenem Bekunden Welthauptstadt der Klimarettung - dabei gedacht, mit immensem Energieaufwand über viele Monate einen riesigen Eisberg in Form zu halten und gleichzeitig den Raum, in dem sich dieser befindet, aufzuheizen? Ein klarer Widerspruch, der die AfD im Römer zu einer Nachfrage beim Magistrat bewogen hat.

Zum Exponat: Die Künstlerin Bunny Rogers hat vom 26.01.2019 bis zum 28.04.2019 ihr Opus ‚Pectus excavatum‘ in Frankfurt gezeigt. Hierbei handelt es sich um ein Werk aus dem Modell eines Tintenfischs, zwei Zäunen und einem Eisberg-ähnlichen Gebilde. Letzteres besteht aus einer mit Eis überzogenen Plastik, deren Oberfläche dem Betrachter als Eisberg imponiert und welchen er berühren kann.



Wie die MMK-Direktorin erläutert, soll der Besucher damit in die Lage versetzt werden ‚ein Gefühl davon zu bekommen, wie es ist, zu frieren oder zu erfrieren‘



Da das Eis selbst echt ist, wird es durch ständige Kühlung in seiner Form gehalten.

Dafür sorgt ein überdimensioniertes Kühlaggregat, welches sich außerhalb des Gebäudes befindet. Das Museum hat aber auch den Komfort der Besucher im Blick. So sollen sie es beim Betrachten des Kunstwerkes –entgegen der erklärten Intention der Künstlerin - angenehm warm haben, weshalb der Ausstellungsraum zu allem weiteren auch noch gut beheizt wurde.

„Beim Besuch der anfragestellenden Fraktion waren die Heizungen voll aufgedreht, obwohl die aktuelle Außentemperatur bei +23⁰ C lag“, sagte Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer nach Inaugenscheinnahme des Werks.

„Dass die verantwortliche Kulturdezernentin (SPD) ja schließlich nicht für Klima und Umwelt zuständig, sondern für Kunst – geschenkt! Aber: Auch wenn ein Kunstwerk von Weltrang nicht unter wirtschaftlichen oder klimapolitischen Aspekten betrachtet werden sollte, stellt sich doch unweigerlich die Frage, ob die selbsternannte „Klimahauptstadt“ Frankfurt der richtige Ort für die Präsentation eines Kunstwerkes ist, das nur unter immensem Energieaufwand in Form gehalten werden kann“, so Rahn.

Die AfD möchte nun erfahren, welcher Energieverbrauch in Kilowattstunden durch das Kühlaggregat verursacht wurde, das die Eisplastik über mehr als drei Monate in Form gehalten hat. „Wieviel zusätzliche Energie musste aufgewendet werden, um den unterkühlten Raum aufzuheizen, in dem dies Kunstwerk präsentiert wurde?“, hakt der AfD-Fraktionschef nach. Aktuell würden Klimadiskussion geführt und weltweit protestierten Schüler („Fridays for Future“). „Hält es der Magistrat angesichts dessen für angemessen und sinnvoll, ein Kunstwerk zu präsentieren, welches durch gleichzeitige Kühlung und Aufheizung eines Raumes über Monate einen immensen Energieverbrauch verursacht?“, erkundigt sich Rahn. Er fragt: „Hat sich der Magistrat mit der Frage beschäftigt, ob die von der Künstlerin vermutlich intendierte Botschaft auch ohne zusätzlichen Energieverbrauch den Ausstellungsbesuchern vermittelt werden kann?“

Mit welchem Recht verhält sich der Magistrat den Besetzern der Liegenschaft In der Au 14-16 gegenüber so passiv?

Einen kleinen Auszug aus der Rede des für die Liegenschaft In der Au 14-16 zuständigen Stadtrats Jan Schneider in der Februar-Sitzung des Stadtparlaments gefällig? „Die Personen, die sich regelmäßig dort aufhalten und die Immobilie nutzen, um nicht zu sagen besetzen, zeigen kein Interesse an Gesprächen mit dem Magistrat. Aus diesem Grund hat der Magistrat nach wie vor auch keine Ansprechpartnerin und keinen Ansprechpartner ausmachen können. Die Bemühungen des Magistrats, Verhandlungen mit den derzeitigen Nutzern aufzunehmen, sind daher bislang erfolglos geblieben...Da niemand dort gemeldet ist, können wir auch nicht ausmachen, wer in Personen sich dort aufhält...Da wir ja nur vermuten, dass es sich um eine Wohnnutzung handelt, die darin stattfindet, gehe ich davon aus, dass bisher keine Nutzungsänderung erfolgt ist. Wir wissen allerdings, das kann ich sagen, weil es von außen einsehbar ist, dass auch das sehr große Außengelände hinter dem Gebäude zu Wohnzwecken...Der große Freibereich hinter dem Gebäude wird zweifellos zu Wohnzwecken genutzt. Man kann ohne Weiteres feststellen, dass dort diverse Wohnwagen, Baracken und Ähnliches errichtet worden sind. Dort gibt es Plumpsklos, Toilettenanlagen will ich es nicht nennen. Das kann man von außen sehen. Wir haben auch feststellen können oder müssen, dass dort alte Schrottfahrzeuge abgestellt und Gasflaschen frei gelagert werden...“



Diese kuriosen Ausführungen und die unbegreifliche Passivität des Magistrats kann man getrost als unbefriedigend bezeichnen. Deshalb hat die AfD im Römer erneut beim Magistrat nachgefragt. Grundsätzlich interessiert sich Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Rathaus dafür, auf welches Recht sich der Magistrat beruft, wenn er die (ihm nicht bekannten!) Bewohner des Grundstücks In der Au 14-16 völlig ungehindert schalten und walten lässt. „Auf welcher Rechtsgrundlage erlaubt bzw. toleriert der Magistrat das Wohnen im Gewerbegebiet auf dem Grundstück In der Au 14-16?“, fragte Rahn. Und wie sehe das hinsichtlich des Wohnens auf dem genannten Grundstück in Wohnwagen und Baracken aus, die vor Ort rechtswidrig abgestellt bzw. errichtet wurden? „Aus welchen Gründen unternimmt der Magistrat nichts gegen die offensichtlich illegal errichteten Baracken?“, möchte er wissen. Die Bewohner der genannten Liegenschaft haben sich dort nicht ordnungsgemäß angemeldet und der Magistrat toleriert das. „Auf welche Rechtsgrundlage beruft er sich dabei?“, hakt der AfD-Fraktionschef nach. Er interessiert sich weiterhin dafür, wie der Magistrat die Nutzung der von ihm selbst so bezeichneten ‚Plumpsklos‘ im Hinblick auf Anforderungen bezüglich Hygiene und der Umwelt bewertet.

Rahn fordert eine Erklärung dafür, weshalb der Magistrat auf sein Recht verzichtet, jederzeit das im Eigentum der Stadt stehende Grundstück zu betreten. Und dies obwohl der weiß, dass auf dem Gelände ganz offensichtlich gegen zahlreiche Bestimmungen des Baurechts, Umweltrechts, Ordnungsrechts und Brandschutzes verstoßen wird! „Wieso nimmt der Magistrat das im Eigentum der Stadt stehende Areal nicht in Besitz, da dort nach seinen eigenen Angaben niemand wohnt, - d.h. gemeldet ist -, und die derzeitigen ‚Nutzer‘ ebenso wenig bereit sind, die Immobilie anzumieten?“, fordert der AfD-Fraktionsvorsitzende zu erfahren.



5 Flurstücke = 15.507 m² Bodenrichtwert 230 €/m² = 3,5 Mio. €

Prüfe der Magistrat überhaupt irgendwie, ob das Gebäude den derzeit geltenden bauordnungsrechtlichen Bestimmungen insbesondere beim Brandschutz entspricht? Und was tue er, um festzustellen, ob die auf dem Areal illegal errichteten Baracken den derzeit geltenden bauordnungsrechtlichen Brandschutz-Bestimmungen gerecht werden? Bemühe sich der Magistrat herauszufinden, ob von den auf dem Gelände abgestellten ‚alten Schrottfahrzeugen‘ keine Gefahr für Personen oder die Umwelt ausgeht? Wie sehe das bei den auf dem Gelände frei gelagerten Gasflaschen aus? Abschließend fragt Rahn: „Ist dem Magistrat bekannt, ob die in den Jahren 1995 bis 2015 im Amt gewesenen zuständigen Dezernenten d.h. v.a. die Dezernenten für Bauen, Ordnung von der Liegenschaft In der Au bzw. der Tatsache der Besetzung Kenntnis hatten?“

Copyright-Vermerk der beiden Luftbilder

Geobasisdaten:

© Stadtvermessungsamt Frankfurt am Main, Stand 05.2019

© Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation

Informieren Sie sich!

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Die **nächste Bürgersprechstunde** findet statt: **5. Juni 2019** um **17 Uhr**

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am:

23. Mai 2019

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de

Internet: www.afd-im-roemer.de

Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:

AfD-Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn)

(Fraktionsvorsitzender)